



Rückkehr zum starken Staat

SPD: Ohne handlungsfähige Verwaltung und mehr Sicherheit sind Herausforderungen nicht zu bewältigen

VON ULRICH MEYER

Angesichts der der Terrorgefahr, der Flüchtlingskrise, aber auch der Wohnungsnot in den Ballungsräumen und der Probleme beim Verbraucherschutz setzt die SPD-Landtagsfraktion auf eine Renaissance des „starken Staats“ als Antwort. „Die Politik der Privatisierung und der Personalstreichungen im öffentlichen Dienst ist gescheitert“, konstatiert SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#). „Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben ein Anrecht auf einen Staat, der sie schützt, der funktioniert und auf den sie sich verlassen können.“

Der SPD-Innenexperte [Dr. Paul Wengert](#) weiß, worauf es den Menschen dabei besonders ankommt: „Wir wollen keine Zustände wie in den USA, wo in Reichtumsvierteln private Wachdienste patrouillieren und Polizisten sich in manche andere Viertel gar nicht mehr

hineintrauen. Sicherheit darf nicht Privileg derjenigen sein, die sich privaten Schutz leisten können. Wir brauchen mehr Polizei, um rechtsfreie Räume zu verhindern.“ Doch der starke Staat geht aus Sicht der SPD weit über innere Sicherheit hinaus. So muss etwa der öffentliche Wohnungsbau erheblich angekurbelt werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat die CSU-Staatsregierung leider das Gegenteil getan, wie SPD-Wohnungspolitiker [Andreas Lotte](#) vorrechnet: „Wurden 1993 noch über 12.000 Wohnungen staatlich gefördert, sind es jetzt nur noch ein Sechstel. Und die Anzahl an Sozialwohnungen hat sich binnen 15 Jahren nahezu halbiert. Die Mieter werden den privaten Immobilienkonzernen zum Fraß vorgeworfen!“

Als „nicht hinnehmbar“ bezeichnet die SPD-Sozialpolitikerin [Angelika Weikert](#) das Versagen von Bundesinnenminister Thomas de

Maizière und dessen Vorgänger Hans-Peter Friedrich bei der Abarbeitung der Hunderttausenden von Asylanträgen: „Diese beiden Politiker von CSU und CDU haben kapituliert statt die Probleme organisatorisch und mit mehr Personal anzugehen.“

Der SPD-Haushaltsexperte [Volkmarr Halbleib](#) mahnt: „Noch heute leiden wir in Bayern unter Stoibers Sparwahn.“ Zwischen 1994 und 2010 hatte der CSU-Politiker Beteiligungen des Freistaats im Wert von 6,6 Milliarden Euro verkauft – unter anderem Bayernwerk, E.ON und Bayerische Versicherungskammer. „Auch in der Verwaltung hat Stoiber gewütet. Bis 2019 sollen insgesamt 9.000 frei werdende Stellen im Staatsdienst nicht nachbesetzt werden. So kann ein Staat nicht vernünftig agieren“, beklagt Halbleib. „Wir brauchen eine Trendumkehr – vom schlanken Staat zu einem handlungsfähigen Staat!“

Wählen mit 16

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen und Volksentscheiden. „Gerade junge Menschen müssen die Chance erhalten, Politik mitzugestalten“, ist sich der jugendpolitische Sprecher [Dr. Linus Förster](#) sicher. „Ein früheres Wahlrecht ist ein Signal an diese Generation, dass sie von zentralen politischen Entscheidungen nicht ausgeschlossen ist. Das beugt Politikverdrossenheit vor.“ Allerdings müsse das frühere Wahlalter durch mehr politische Bildung flankiert werden. Dazu gehöre mehr Politikunterricht und auch praktische Erfahrung durch Mitbestimmung an den Schulen.

Marode Brücken

Jede vierte staatliche Brücke in Bayern ist marode. Das hat eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion ergeben. Insgesamt geht es um 1.292 Brücken von Staatsstraßen, die sanierungsbedürftig sind. „Hier wird die Sicherheit der Menschen gefährdet“, kritisiert der Verkehrsexperte der SPD-Landtagsfraktion [Bernhard Roos](#). Die maroden Brücken seien zudem verschleppte Staatsverschuldung – irgendwann muss das Geld für Reparaturen ohnehin ausgegeben werden.

Inhalt

[Flexiblere Kita-Öffnungszeiten .. 2](#)

[Renate Schmidt im Interview ... 3](#)

[Gegen Rechtsextremismus..... 4](#)

[Flüchtlinge auf dem Balkan 6](#)

[Skandal um Bayern-Ei 7](#)

[Gantzer über den Wolken..... 8](#)



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

„Privat vor Staat“ hat ausgedient!

„Der Markt wird es schon richten“ – jahrelang war das die Leitlinie der Politik. Die öffentlichen Leistungen wurden eingespart und zurückgefahren, stattdessen ein kindliches Vertrauen in die privaten Anbieter von Strom, Sicherheit, Wasser, Nahverkehr, Wohnungen und etlichem mehr gelegt. Wie mittlerweile klar ist, war das ein Irrweg. Denn dieses System fliegt uns um die Ohren. Jahrelang eingesparte Stellen bei der Polizei brauchen wir jetzt dringend. Mehr bezahlbare Wohnungen gibt es in den Ballungszentren leider nicht, wenn man private Bauherren nett darum bittet. Hier muss der Staat endlich selber wieder die Zügel in die Hand nehmen!

Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie in der aktuellen Flüchtlingskrise. Davon zu schwadronieren, dass die bayerische Polizei die Landesaußengrenzen sichern soll, ist blanker Hohn angesichts der Stellenkürzungen der letzten Jahre und dem Wust an Überstunden, den jeder einzelne Polizist und jede einzelne Polizistin vor sich her schiebt. Ganz zu schweigen von der Verwaltung in den Behörden, in denen sich Hunderttausende von unbearbeiteten Asylanträgen stapeln.

Es ist Zeit, dass die CSU-Verantwortlichen im Freistaat sich klarmachen: Der Markt wird gar nichts richten. Der Einzige, den es kümmern muss, dass der Staat nicht kollabiert, ist er selbst. Also: Investieren statt einsparen. Einstellen und ausbilden. Jetzt. Nur so schaffen wir es.

Markus Rinderspacher

Islamische Gemeinden bei Integrationsaufgabe nicht alleine lassen

Die SPD in Bayern will die islamischen Gemeinden im Freistaat in die Pflicht nehmen, Extremismus durch gezielte Aufklärung vorzubeugen. Gerade Jugendliche aus prekären Familienverhältnissen sind anfällig für die Versprechen von Radikalen. Salafisten gelingt es, den Jugendlichen ein Gefühl der Zugehörigkeit und Stärke zu vermitteln. „Insbesondere in den Moscheen muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die Gemeinden müssen aktiv mithelfen, damit die Jugendlichen nicht radikalisiert werden“, erklärt der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Arif Tasdelen**. Um solche Vorbeugungsmaßnahmen zu finanzieren und die nötigen

Standards verbindlich festzulegen, plädiert der Nürnberger Abgeordnete für einen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat und islamischen Gemeinden. Die bayerische SPD-Fraktion hat während ihrer Winterklausur im Januar die Moschee im schwäbischen Marktobendorf besucht, um sich vor Ort zu informieren. Die schwäbische Abgeordnete und Vizefraktionsvorsitzende **Simone Strohmayr** zeigte sich beeindruckt von der vielfältigen Arbeit der türkischen Gemeinde: „In der Moschee wird nicht nur gebetet, sondern bereits Sozial- und Integrationsarbeit geleistet. Auch Flüchtlinge aus der nahen Unterkunft kommen in die Gemeinde.“



Foto: Hälblich

Umfrage: Bayern wollen flexiblere Öffnungszeiten in Kitas

Die Menschen im Freistaat sehen erheblichen Verbesserungsbedarf in der Familienpolitik und insbesondere bei der Kinderbetreuung. Wie eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest ergab, halten 90 Prozent der Bayern eine Verbesserung der Betreuungsqualität durch mehr Personal für wichtig. Ein zuverlässigeres Angebot in den Ferien sowie am frühen Morgen und am Abend ist für 73 Prozent wichtig. Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Doris Rauscher**, kritisiert: „Mit dem teuren Betreuungsgeld macht die CSU Familienpolitik an den Bedürfnissen der Familien vorbei. Mit der eine Milliarde Euro, die dafür im Freistaat bis 2021

ausgegeben werden soll, ließen sich flexiblere Öffnungszeiten in allen bayerischen Kitas komplett finanzieren. Hier wäre das Geld sehr viel sinnvoller eingesetzt.“ Der entscheidende Faktor sei natürlich mehr Personal, das anständig bezahlt wird. Nur 1,2 Prozent der Kitas in Bayern sind länger als bis 18.00 Uhr geöffnet. „Das ist eine riesige Belastung für die vielen Berufstätigen, die nicht bereits um 17.00 Uhr nach Hause gehen können“, betont die SPD-Wirtschaftspolitikerin **Annette Karl**. „Die Öffnungszeiten und die Ferienbetreuung sind aus Sicht der Familien die wichtigsten Stellschrauben, um den Alltag besser organisieren zu können.“

Bezahlbarer Musikunterricht

Auf Druck der SPD im Landtag bekommen die öffentlichen Musikschulen in Bayern mehr Geld. Die staatlichen Zahlungen wurden von 16,2 auf 17,7 Millionen Euro angehoben. Der SPD-Finanzexperte **Dr. Herbert Kränzlein** ist zufrieden: „Diese Erhöhung ist ein immens wichtiger Schritt auf dem Weg zu bezahlbarem Musikunterricht. Dieser darf kein Luxusgut sein.“ Derzeit nehmen wöchentlich 141.850 Schülerinnen und Schüler Unterricht an den 216 bayerischen Musikschulen.

Jugendfilmpreis der SPD-Fraktion: „Das Andere sehen“

Längst hat das Münchner Dokumentarfilmfestival DOK.fest einen festen Platz im internationalen Filmfestivalkalender. Zum zweiten Mal ist auf Betreiben der Kulturexpertin der SPD-Fraktion, **Isabell Zacharias**, der Jugendfilmwettbewerb „Das Andere sehen“ Teil der Festspielwochen. Aufgerufen sind Menschen im Alter von 14–24 Jahren, filmische Erzählungen zu allem, was anders ist, zu produzieren: Menschen, Erlebnisse, Beobachtungen, Traditionen, Routinen – erlaubt ist die gesamte Vielfalt an Perspektiven zum „Anders-Sein“. Die besten drei Filme gewinnen einen Preis und werden im Rahmen von DOK.education, dem Kinder- und Jugendprogramm des Internationalen Dokumentarfilmfestivals München, bei einer Festveranstaltung im Landtag gezeigt. Einsendeschluss ist der 10. März 2016. Teilnahmebedingungen und weitere Informationen unter dokfest-muenchen.de/wettbewerb

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender **Markus Rinderspacher**
und stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Caro Arns, Felix Hälblich,
Gudrun Rapke, Markus Hautmann
Telefon: 089 – 4126 2347
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Layout
shot one GmbH

Druck
NetworkMedia GmbH

Im Gespräch mit Bundesfamilienministerin a. D., Renate Schmidt

„Ein Mann ist keine Altersvorsorge!“



Renate Schmidt, Bundesministerin a. D. und ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende

Frauen müssen sich selber um ihre Zukunft kümmern und dürfen sich bei der Altersvorsorge nicht von ihren Männern abhängig machen. Davon ist die ehemalige SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende **Renate Schmidt** überzeugt. Wir haben uns mit der Mutter von drei Kindern sowie den beiden frauenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Simone Strohmayr** und **Ruth Müller**, über das Thema unterhalten.

Bayern: Frauen verdienen in Bayern im Schnitt 25 Prozent weniger als Männer. Die Männer erhalten durchschnittlich doppelt so viel Rente. Klar, dass sich so die alten Rollenbilder weiter verfestigen. Was muss sich ändern?

Renate Schmidt: Es ist schon erstaunlich, dass es das klassische Rollenbild noch so oft gibt. Frauen haben die Männer bei den Bildungsabschlüssen inzwi-



Ruth Müller, MdL, Frauenpolitikerin

schen sogar überholt. Doch sie machen viel zu wenig aus ihrem Potenzial. Frauen sollten nach dem Kinderkriegen so schnell wie möglich wieder arbeiten, am besten in Vollzeit. Nur so können sie genug in die Rentenkasse einzahlen.

Dr. Simone Strohmayr:

Vielen Frauen ist nicht bewusst, was das letztendlich für ihr weiteres Leben bedeutet. Es wird immer schwieriger, in den Job wieder reinzukommen, je länger man draußen ist. Dazu kommt das neue Scheidungsrecht, wonach es keinen Ehegattenunterhalt mehr gibt. Ich meine, dass sich viele Frauen mit ihrer eigenen Situation gar nicht genügend auseinandersetzen.

Ruth Müller: Hinzu kommt, dass manchmal auch die Auseinandersetzung mit dem Mann gescheut wird. Der sieht es vielleicht lieber, wenn sich die Frau um die Kinder kümmert, anstatt viel Geld für externe Kinderbetreuung auszugeben.

Renate Schmidt: Ganz genau. Da muss man als Frau klipp und klar sagen: Lieber Mann, willst du lieber bügeln oder lieber die Wäsche waschen? Wir können uns das gerne aufteilen. Aber dass ich alles mache und mich auch noch um die Kinder kümmere, das kommt überhaupt nicht in Frage.

Bayern: Die Politik fördert solche Denkweisen ja teilweise. Ist zum Beispiel das Ehegattensplitting noch zeitgemäß, oder leben wir nicht schon längst in einer Zeit, in der auch anderen Partnerschaftsmodellen Steuervorteile eingeräumt werden sollten?

Renate Schmidt: In Schweden etwa gibt es das Ehegattensplitting nicht. Das Ergebnis: Männer arbeiten nur geringfügig mehr als Frauen. Hier bei uns ist das anders: Der Mann kann durch das Ehegattensplitting vorrechnen, dass es sich nicht lohnt, wenn sie erwerbstätig ist. Wenn die Ehe hält, ist das attraktiv für die Frau. Scheitert die Ehe, wird davon ausgegangen, dass die Frau die ganze Zeit erwerbstätig war und jetzt nahtlos wieder in einen Beruf einsteigen kann. Aber das ist leider vollkommen unrealistisch.

Dr. Simone Strohmayr: Man muss sich ja noch nicht mal unbedingt trennen. Der Mann kann ja auch krank werden!



Fraktionsvizein und frauenpolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr

Renate Schmidt: Ja, so war es bei meinem ersten Mann. Er ist mit 43 Jahren an einer Herzmuskelentzündung gestorben. Emotional war es eine Katastrophe. Aber finanziell war das überhaupt kein Problem, weil ich immer gearbeitet habe.

Bayern: 70 Prozent der Familien in Bayern haben Betreuungsgeld beantragt. Warum ist diese finanzielle Unterstützung für die Gesellschaft trotzdem nicht zielführend?

Dr. Simone Strohmayr: Das ist ein Wahnsinn, was wir da machen in Bayern. Das Betreuungsgeld verfestigt die Strukturen und gibt noch mal Anreize genau in die falsche Richtung. 150 Euro für eine Frau, dass sie zu Hause bleibt, um auf die Kinder aufzupassen – das ist eigentlich eine richtige Frechheit!

Ruth Müller: Kein Mann würde für das Geld zu Hause bleiben! Davon kann man nicht leben und nichts in die Rente einzahlen.

Bayern: Ein Thema, das oft für ein ungutes Gefühl sorgt, ist der Ehevertrag. Warum sollten gerade Frauen dieses Thema trotzdem ansprechen?

Renate Schmidt: Ein Ehevertrag ist immer gut! Da muss es nicht zwangsläufig um die großen Dinge gehen, wie beispielsweise das Aufteilen eines Unternehmens. Da sollte auch das ganz normale tägliche Leben geregelt werden. Zum Beispiel: Wer macht was im Haushalt? Weil es für sie vielleicht selbstverständlich ist, dass sie im Beruf bleibt und dann natürlich nicht die ganze Haushaltsarbeit alleine machen will. Über so was zu reden, kann eine Beziehung ungemein stabilisieren.

Warum Frauen selber fürs Alter vorsorgen müssen und wie sie dies am besten schaffen: Renate Schmidt und Helma Sick, Kolumnistin der Zeitschrift Brigitte, klären auf. Kösel-Verlag, 224 Seiten, ISBN: 3466345944

Helma Sick Renate Schmidt

Warum finanzielle Unabhängigkeit für Frauen so wichtig ist

Ein Mann ist keine Altersvorsorge

Kösel

VON CARO ARNS

Die Stimmung ist aufgeladen an dem Januarabend am Odeonsplatz in München. Ein Grüppchen grimmig dreinblickender Rechter steht mit Deutschland- und Bayern-Flaggen, aber auch eindeutigeren Parolen auf Pappschildern hinter in einer Absperrung. Umringt werden sie von einer weitaus größeren Menge Gegendemonstranten, die „Nazis raus!“ und „München ist bunt!“ rufen und pfeifen. Vielleicht ist es nur den Dutzenden Polizisten in Schutzausrüstung zu verdanken, dass die Situation nicht eskaliert. Ungemütlich ist es auf jeden Fall – nicht nur aufgrund der eisigen Temperaturen.

Innerhalb der Absperrung, gemeinsam mit anderen Pressevertretern quasi auf Tuchfühlung mit den zum Teil stadt- und polizeibekannteren Rechten, steht Thomas Witzgall. Der Student ist Sozialdemokrat und ehrenamtlich Kopf des bayerischen [Endstation-Rechts-Ablegers](#), einer Organisation, die rechte Umtriebe dokumentiert. Seine Aufgabe besteht darin, mit Kamera bewaffnet überall im Freistaat auf Demos der Rechten aufzutauchen, Fotos zu machen und Texte zu schreiben. Er berichtet über Neonazi-Aufmärsche wie über die immer zahlreicher werdenden Pegida-Demonstrationen – aber auch über ihre Gegenveranstaltungen, die zum Beispiel in München schon 20.000 Menschen auf die Straße gebracht haben. Mit diesen Artikeln, die online erscheinen, beweist er, wer so alles auf den rechten Veranstaltungen neben den „besorgten Bürgern“ herläuft – und entlarvt die Lügenmärchen, die verbreitet werden. Die Pflege der Homepage von

Rechtsaußen im Einsatz

Wie sich Sozialdemokraten in Bayern Faschisten und Rassisten entgegensetzen



Die SPD-Experten im Kampf gegen Rechtsextremismus kämpfen an allen Fronten – ob draußen auf einer Demo wie der Münchner Florian Ritter (rechts im Bild) ...

Endstation Rechts Bayern, aber auch der [Auftritt auf Facebook](#), der 4.000 Fans und von Zeit zu Zeit beachtliche Reichweiten hat, sind in jüngster Zeit beinahe ein Fulltime-Job.

„Nicht zu nah an die ran“, warnt Witzgall, während er einen Sicherheitsabstand zu einigen Fahnenträgern hält. „Dieser da vorn zum Beispiel“, er zeigt auf einen stadtbekannteren Rechtspopu-

listen, „ist schon aufgefallen wegen Körperverletzung.“ Auch ein Polizist warnt die Journalisten vor Kontakt mit den rechten Aktivisten. „Wenn die nur drohen, können wir nicht eingreifen, erst, wenn wirklich etwas passiert“, erklärt er. „Deswegen: Haltet am besten Abstand und provoziert sie nicht.“

Witzgall ist immer vorsichtig, aber Drohungen kennt er schon. Als jemand, der öfter auf Demonstrationen der Rechten unterwegs ist, wissen diese Menschen dort, wer er ist. „In Würzburg auf einer Pegida-Demo kam mal eine Gruppe Neonazis auf mich zu, die mich von einer Demo ein paar Tage zuvor in Bamberg wiedererkannten“, erklärt er. „Der Wortführer hat mich dann darauf hingewiesen, dass ich ‚irgendwann einmal fällig‘ sei ... Diese Neonazis waren dieselben, die später, im Herbst des vergangenen Jahres, mit einer größeren Waffenansammlung in Bamberg polizei- und medienbekannt geworden sind.“

Mit Kamera, Schreibblock und Aufklärung kämpfen die einen

gegen Rechts, mit parlamentarischen Initiativen die anderen. [Florian Ritter](#) und [Dr. Christoph Rabenstein](#) sind hier die Experten der SPD-Landtagsfraktion. Insbesondere in Oberfranken, wo Rabenstein lebt, gibt es viel zu tun. Schon zu Zeiten des Nationalsozialismus war hier eine Hochburg der NSDAP-Anhänger – und anschließend der NPD, die es in den 60ern sogar in den Bayerischen Landtag schaffte. Aus Rabensteins Sicht, der darüber sogar seine Dissertation verfasste, hat die „rechte Hochburg“ Nordbayern heute zwei Hauptursachen: die Nähe zu den neuen Bundesländern und zur tschechischen Grenze und, vor allem, die strukturellen Probleme. Bei viel Abwanderung und wenig Möglichkeiten fühlen sich Jugendliche leicht als Verlierer, es fehlen Angebote. „Die ultrarechten Organisationen fungieren hier als Rattenfänger, organisieren zum Beispiel Busfahrten zu Partys, versorgen die Jugendlichen mit entsprechender Musik – das ist oft die Einstiegsdroge“, erklärt Rabenstein. Wohin das

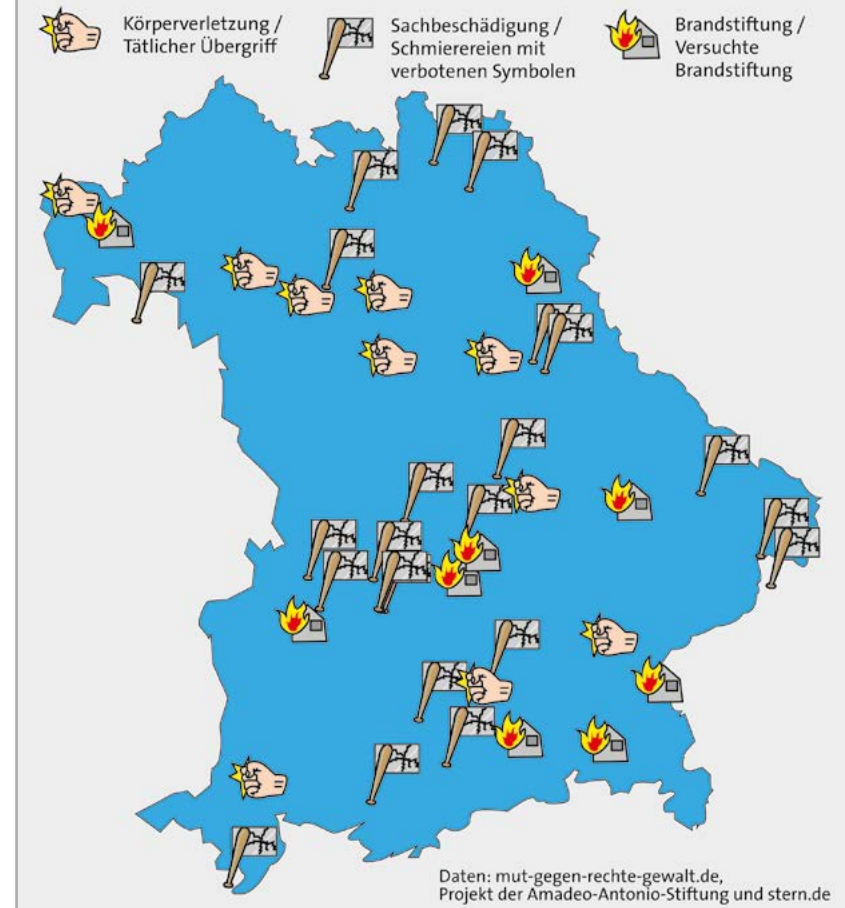
führt, ist klar zu sehen: In Wunsiedel finden regelmäßig aus ganz Deutschland gut besuchte Nazi-Kundgebungen statt, in Oberpreß bei Hof befindet sich ein Stützpunkt der mittlerweile verbotenen Gruppierung „Freies Netz Süd“ (FNS). Verboten ist diese vor allem deshalb, weil sich die SPD-Fraktion jahrelang für dieses [Verbot starkgemacht hat](#). Der Münch-

ner Abgeordnete Ritter kann ein Lied davon singen: „Lange Zeit hat die Staatsregierung die Lage völlig falsch eingeschätzt. Dabei war klar, dass es die Nachfolgeorganisation der schon vorher verbotenen ‚Fränkischen Aktionsfront‘ war. Als dann 2011 die Morde des NSU bekannt wurden und die CSU nicht mehr nichts gegen Rechts tun konnte, hat sie unserem Antrag endlich stattgegeben.“ Es folgten anderthalb Jahre, bis das Verbot endlich in Kraft trat. „Zeit, in der das FNS gemächlich eine Nachfolgeorganisation aufbauen konnte!“, schimpft Ritter.

Dem Münchner Abgeordneten ist der Kampf gegen Rechtsextremismus ebenso wie seinem oberfränkischen Kollegen schon lange ein Herzensanliegen. „Nichts eint die Sozialdemokraten so sehr wie der Einsatz gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit“, ist er überzeugt. In letzter Zeit gibt es durch die Flüchtlingskrise in diesem Bereich auch in Südbayern viel zu tun: Zwar ist die eigentliche Neonazi-Szene nicht so stark, doch dafür sehen sich plötzlich vorher völlig politikuninteressierte Bürger in der Pflicht, gegen

Rechtsmotivierte Taten in Bayern im Jahr 2015

im Zusammenhang mit Asylunterkünften oder -bewerbern



Bürgermeister. „In den Städten und Gemeinden, in denen die Politiker gemeinsam mit dem Menschen an Konzepten feilen und Zuversicht ausstrahlen, gibt es weniger Demonstrationen und auch Straftaten. Umgekehrt: Wenn der Bürgermeister ständig nur beteuert, seine Stadt sei überfordert und es gehe so nicht weiter, dann wirkt sich das auch auf das Verhalten der Menschen aus. Einige meinen dann, die Sache selbst in die Hand nehmen zu müssen. Notfalls eben mit einem Benzinkanister an der geplanten Flüchtlingsunterkunft.“

Neben ihrem Mandat arbeiten Rabenstein und Ritter an Projekten gegen Rechts. Rabenstein setzt sich für [„Schule ohne Rassismus“](#) ein, ein Projekt, das Schülerinnen und Schüler stark machen soll gegen Versuchsungen vom rechten Rand: „Hier wird aktiv Präventionsarbeit geleistet“, erklärt der frühere Lehrer Rabenstein. „Der Sozialkundeunterricht, in dem die Jugendlichen etwas über den Nationalsozialismus lernen, ist nicht so effektiv wie eine gelebte Debattenkultur. Selbstständiges Denken und eigenes Erfahren – da muss angesetzt werden.“ Ritter organisiert in seinem Stimmkreis im Münchner Westen

Hilfe für eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Bei allen Aktivitäten vom rechten Rand: Die Hilfsbereitschaft der Menschen sei immens, freut sich der Abgeordnete – mit den Rechten würden auch gleichzeitig die linken Protestgruppen und Helferkreise wachsen.

Beide Abgeordnete wünschen sich, dass solche Aktivitäten mehr von der Staatsregierung gewürdigt würden. Nicht nur, dass kaum etwas gegen rechte Umtriebe unternommen werde – Menschenrechts-Initiativen vor Ort, in Süd- wie in Nordbayern, würden kaum unterstützt. Im Gegenteil, der bayerische Verfassungsschutz beobachtete eine Zeitlang gar die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- Informationsstelle München“, kurz a.i.d.a. Auch dagegen protestierten die SPD-Abgeordneten mit Erfolg. „Die Rechten werden in Bayern weiter erstarken, wenn die CSU-Regierung nicht endlich ein Zeichen dagegensetzt – in Maßnahmen und Wortwahl“, sind sich Ritter und Rabenstein sicher. Solange gibt es für die Kämpfer gegen Rechts – Ritter, Rabenstein, Witzgall und die vielen anderen Aktivisten in Bayern – noch viel zu tun.



Auch in München gibt es Montagsdemos gegen Flüchtlinge: Pegida am Odeonsplatz



... oder über Gesetzesinitiativen wie der Oberfranke Dr. Christoph Rabenstein

SPD-Fraktionsvize und ASB-Chef Pfaffmann: Humanitäre Hilfe an der Balkan-Flüchtlingsroute besser ausstatten

VON GUDRUN RAPKE

Bis Flüchtlinge über die Balkanroute in Bayern ankommen, haben sie schon jede Menge schlimmer Erfahrungen gemacht, aber auch Hilfe erfahren. Ehrenamtliche versorgen sie an Flüchtlings-Hotspots mit dem Nötigsten: Essen, Kleidung und einem Dach über dem Kopf. Unter welchen Bedingungen diese Hilfe funktioniert, darüber hat sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende [Hans-Ulrich Pfaffmann](#) Ende Januar an der serbisch-kroatischen Grenze ein Bild gemacht.

Pfaffmann führte eine Delegation des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Bayern an, die gemeinsam mit dem serbischen ASB und

dem Hilfsdienst IDC (Initiative for Development & Cooperation) Ehrenamtlichen-Projekte der Organisationen in Adaševci an der serbisch-kroatischen Grenze, in Šid und in Subotica besuchte.

„Die Helfer und Helferinnen vor Ort leisten Großes, aber sie verfügen nur über unzureichende Infrastruktur. Es gibt keine Fahrzeuge und es fehlen Dolmetscher. Die helfenden Organisationen sind dringend auf Unterstützung und Spenden angewiesen, um das Leid der Menschen zumindest ein wenig zu lindern.“

Wegen der teilweisen Schließung der kroatischen Grenze zu Serbien stauen sich im Grenzgebiet zahlreiche Busse. Oft warten bis zu 1.000 Flüchtlinge an Autobahnraststätten auf die Erlaubnis



Hans-Ulrich Pfaffmann im Gespräch mit einem Vater, der mit seinen Kindern am Flüchtlings-Hotspot auf die Weiterreise wartet.

zur Weiterreise. „Die humanitäre Lage ist katastrophal, viele Menschen sind krank, besonders die Kinder. Es gibt zu wenig Toiletten und Übernachtungsmöglichkeiten nur in überfüllten Großzelten“, berichtet Pfaffmann. „Hier zeigt sich auch, dass durch die Grenzschließungen die Situation für die Transitländer nur noch schlimmer wird“, erklärt der SPD-Fraktionsvize. Ehrenamtliche von ASB und IDC verteilen Nahrungsmittel, Kleidung und Decken an Flüchtlinge. Die Teams, bestehend aus Studierenden, Sozialarbeitern und Psychologen, arbeiten seit September an diesem Flüchtlings-Hotspot.

In Šid hilft ein medizinisches Team aus Krankenschwestern und Ärzten bei der Erstversorgung von Flüchtlingen. Aber auch hier stellte Pfaffmann fest: Die Helfer können kaum etwas tun, allenfalls Wunden verbinden und Tabletten gegen Durchfall verteilen.

In Subotica betreibt der ASB eine Unterkunft, in der bis zu 500 Flüchtlinge Schutz finden und deren Situation vergleichsweise gut ist: Sie ist beheizt, mit Schlafräumen und Küchen ausgestattet und wird betreut. Pfaffmann: „Die Unterkunft in Subotica wäre sehr gut für den längeren Aufenthalt geeignet.“



Der Flüchtlingsjunge ist gespannt, was der Helfer Pfaffmann für ihn mitgebracht hat.

Ausgezeichneter Karikaturistennachwuchs

Die Zeichnung „Merkels Kohlwerdung“ hat die erste Ausgabe des [Nachwuchs-Karikaturenwettbewerbs](#) der SPD-Landtagsfraktion gewonnen.

Der Kunststudent Johannes Fedisch (Jahrgang 1992) aus Peiting in Oberbayern brachte damit die Veränderung der Kanzlerin im Amt auf den Punkt. Der Vorsitzende der Jury, der Karikaturist Dieter Hanitzsch, lobte das Werk als „zeichnerisch sehr gut“ und klassische Karikatur.

SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#) bezeichnete Karika-



Erster Platz: „Merkels Kohlwerdung“ von Johannes Fedisch aus Peiting

turen als „Königsdisziplin des Qualitätsjournalismus“. Sie seien in ihrer Zuspitzung hoch wirksam und für die Meinungsbildung „unverzichtbar“. Der Wettbewerb solle „ein Zeichen setzen für die Pressefreiheit“.

Der Jury gehörten neben Hanitzsch und Rinderspacher auch Prof. Dieter Rehm (Präsident der Akademie der Bildenden Künste, München), Mercedes Riederer (BR-Hörfunk-Chefredakteurin), Dr. Gisela Vetter-Liebenow (Leiterin des Wilhelm-Busch-Museums für Karikatur und Zeichen-

kunst) und Prof. Dr. Heribert Prantl (Mitglied der SZ-Chefredaktion) an. Die Entscheidungen fielen nahezu einstimmig.

Der zweite Platz ging an Paul Rietzl (Jahrgang 1986) aus Augsburg, der das Thema Flüchtlinge in einem neunseitigen Comic verarbeitet.

Den dritten Platz in dem bundesweiten Wettbewerb belegte die Zeichnerin Rosanna Merklin (Jahrgang 1986) aus Berlin mit ihrem Werk „Morgen ist wieder Bingo“ über die Verhältnisse in einem Seniorenheim.

Bayern-Ei – Der tolerierte Skandal

Lebensmittelsicherheit in Bayern muss komplett neu aufgestellt werden

Der Skandal um mit Salmonellen verseuchte Eier aus Niederbayern hat eine grundlegende Schwäche der staatlichen bayerischen Lebensmittelüberwachung offenbart. Der verbraucherpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, [Florian von Brunn](#), zeigt sich erschüttert von der Verleugnung der Probleme durch die zuständigen Minister Ulrike Scharf und Marcel Huber: „Drei Tote und 500 Infizierte, Vertuschen und Täuschen, der Bruch von europäischem Verbraucherschutzrecht – und keiner in der Staatsregierung übernimmt dafür die politische Verantwortung!“

Von Brunn hat deshalb ein Konzept für einen funktionierenden Verbraucherschutz entwickelt. Denn die Liste des Versagens der CSU-Staatsregierung ist lang: BSE, Schweinemastskandal, Gammelfleisch, Dioxin und PCB in Fisch, Fleisch und Eiern, ekelerregende Zustände bei Müller-Brot, Pferdefleisch in Fertiggerichten, EHEC und zuletzt Bayern-Ei. Auch die bayerische Tierärztekammer und die Amtsveterinäre beklagen in einem Brandbrief, dass es zu wenig Kontrollpersonal und zu geringe Laborkapazitäten für

eine schnellere Auswertung von verdächtigen Proben gibt.

Der Münchner Abgeordnete von Brunn setzt auf den Schutz der Bürger durch einen starken Staat vor kriminellen Machenschaften in der Lebensmittelbranche: „Den Lebensmitteln sieht man von außen nicht unbedingt an, ob sie verseucht oder gesundheitsschädlich sind. Deshalb brauchen wir mehr staatliche Kontrolleure, die sich damit auskennen.“ Derzeit dauere die Untersuchung verdächtigter Proben bis zu sieben Wochen – bis dahin waren die Salmonellen-Eier längst verzehrt.

Der SPD-Verbraucherschützer fordert unter anderem einen unabhängigen bayerischen Beauftragten für Verbraucherschutz, der regelmäßig Bericht erstattet, mehr Fachpersonal für häufigere staatliche Kontrollen, eine bessere Überwachung von Agrarfabriken, die verbindliche Anwendung des Vier-Augen-Prinzips bei Kontrollen in Großbetrieben, verbindliche Checklisten und den regelmäßigen Wechsel des Zuständigkeitsbereichs der Prüfer, damit keine zu große Nähe zu den Unternehmen entstehen kann.



Beim Verbraucherschutz schaut er ganz genau hin: SPD-Abgeordneter Florian von Brunn.

Jugendparlamentstag 2015 im Zeichen von Migration und Integration



Großes Interesse der Jugendlichen – an Politik und an SPD-Abgeordneten.

Einen Unterschied zum gewohnten Parlamentsbetrieb konnte Landtagsveteranin [Johanna Werner-Muggendorfer](#) am Ende doch feststellen: „Eine derart disziplinierte Arbeit bin ich in diesem Haus sonst nicht gewohnt. Das kennt man mitunter auch anders.“ Das Lob galt den rund 130 jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die die Parlamentssimulation „Ziemlich beste Heimat?!“ nicht als folgenlosen Schnupperkurs betrachteten, sondern engagierte Themenfelder Herkunft, Identität, Migrationsgeschichte und Integrationshemmnisse diskutierten und auf Grundlage der eigenen Erfahrungen konkrete politische

Handlungsempfehlungen entwickelten. In Workshops, moderiert von den Abgeordneten [Kathi Petersen](#), [Arif Tasdelen](#), [Florian von Brunn](#) und [Isabell Zacharias](#), erarbeiteten die Jugendlichen Lösungsansätze, um Migrationshintergrund gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Im Nachgang der anschließenden Plenardebatte verfassten die „Abgeordneten“ einen offenen Brief ([bayernspd-landtag.de/jugendparlament](#)), der den Parlamentariern aller Fraktionen zugeht, damit die Empfehlungen „auch in der politischen Arbeit umgesetzt werden“, wie Gastgeber Tasdelen den Jugendlichen versprach.

SPD will Arbeit fördern, um Armut in Bayern zu verhindern

Zu viele Menschen sind arm im reichen Bayern. „Für uns als SPD gilt aber, dass wir niemand zu rücklassen wollen“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, [Angelika Weikert](#). Seit 2006 ist die Zahl der armutsgefährdeten Personen von 1,61 Millionen auf 1,76 Millionen im Jahr 2013 gestiegen. Die Armutsquote lag laut Datenreport „Soziale Lage in Bayern 2014“ 2013 bei 14,6 Prozent.

Als arm gilt dabei, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens hat. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung. „Wir wollen dieser traurigen Entwicklung nicht tatenlos zusehen“, erklärt Weikert. Wichtig ist es der Sozialpolitikerin aber auch, Leih- und Zeitarbeit zurückzudrängen und den Mindestlohn sowie Tarifver-

träge strikt einzuhalten.

Die Nürnberger Abgeordnete möchte in erster Linie die Erwerbsbiografie stärken. „Eine gute Arbeit ist natürlich der beste Schutz vor Armut“, stellt Weikert fest. Besonders wichtig ist es Weikert, auch jungen Menschen mit Schwierigkeiten einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Alleinerziehende sollen vor allem durch den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, Verbesserung der Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen und der Weiterentwicklung des Kindergelds zu einer nach Einkommen gestaffelten Grundsicherung gestärkt werden. Da Wohnen immer häufiger zur Armutsfalle wird, will die SPD-Landtagsfraktion die Schaffung bezahlbaren Wohnraums durch die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft voranbringen.

Leidenschaftliche Kämpfer für die Tiere

Als Kind sparte Herbert Woerlein auf eine Kuh – und war ganz enttäuscht, als sich herausstellte, dass die sich nicht im Haus halten lässt. So blieb es beim Hund Anka. Heute ist der schwäbische Abgeordnete in der SPD-Frakti-



Tierfreund Herbert Woerlein (mit Tierheim-Welpen) ...

on für den Tierschutz zuständig und widmet sich zusammen mit seiner oberfränkischen Kollegin Susann Biedefeld politisch dem Eintreten für Tierrechte in Bayern.

Biedefeld, die jahrelang Vizevorsitzende des Tierschutzbundes Bayern war, ist eher eine Katzenfreundin: „Meine Haustiere sind meine Seelentröster und schaffen es in jeder Lebenslage, meine Stimmung aufzuhellen. Vor allem mein Kater Schröder ist ein wichtiges und nicht wegzudenkendes Familienmitglied geworden.“ Bei den Woerleins sind die letzten Haustiere, drei Schildkröten, mit den inzwischen erwachsenen Kindern ausgezogen. „Meine Frau



... und Tierfreundin Susann Biedefeld (mit Kater Schröder)

und ich sind beide berufstätig – und kaum zu Hause. Auch das ist Tierliebe: Verzichten, wenn man keine optimale Haltung bieten kann.“



Karikatur: Heiko Sakurai



Natascha Kohnen, Vorstandsmitglied: „Hätte ich den Mut gehabt?“

Diese Frage habe ich mir schon manchmal spätabends nach einer langen Plenarsitzung gestellt. Den Mut, den Otto Wels und die anderen Sozialdemokraten aufbrachten, als sie am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis stimmten. Ich weiß es nicht. Aber ich weiß, dass auch die Haltung und der Mut von Otto Wels mich in diese Partei geführt haben.

Geschichte ist nicht Gegenwart, doch erscheint sie mir heute aktueller denn je. „Dieses Deutschland macht mir Angst“ hat jemand kürzlich auf eine Garagenwand meiner Heimatgemeinde Neubiberg als Graffiti gesprüht, jeden 2. Tag brennt eine Flüchtlingsunterkunft in Deutschland und es wird in die politische Landschaft „ein Schießbefehl auf Flüchtlinge“ geworfen. Jetzt braucht es jede Menge Mut, wenn wir als Sozialdemokraten für unsere humanistischen Grundwerte eintreten wollen. Wenn wir ein Land wollen, in dem jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. In der Diskriminierung keinen Platz hat. Das weiß ich sicher.

Termine

15. März, 18 Uhr, Bay. Landtag Podiumsdiskussion zu „Mein Kampf“ im Bay. Landtag

17. März, 20 Uhr, Bay. Landtag „Arbeits#Zeit“ (Reihe) mit Matthias Jena

8. April bis 10. April 2016 Stand „Die 66“ in München

19. April, 20 Uhr, Bay. Landtag „Frauen#Zeit“ (Reihe) mit Beatrice Möller

Mehr unter: bayernspd-landtag.de/presse

66 Stunden freier Fall

Peter-Paul Gantzer ist nicht nur der älteste Abgeordnete im Bayerischen Landtag, der SPD-Politiker ist auch einer der Mutigsten. Zumindest würden sich wohl die wenigsten Kollegen trauen, in über 4.000 Meter Höhe aus einem Flugzeug zu springen. Der 77-jährige Gantzer hat das schon 4.448 Mal getan und ist immer noch aktiv. Bisher war er insgesamt 66 Stunden im freien Fall. „Springen ist wie eine Droge. Wenn du einmal den freien Fall erlebt hast, kommst du

davon nicht mehr los“, erzählt Gantzer mit leuchtenden Augen. Gelernt hat er das Springen bei den Fallschirmjägern im oberbayerischen Altenstadt. Beson-



ders Formations sprünge haben es Gantzer angetan, hier ist er viele bayerische, deutsche und Weltrekorde gesprungen. Als seinen schönsten Sprung bezeichnet Gantzer den bis heute nicht gebrochenen Nordpolrekord. 1994 landete er nach einer Formation mit 30 anderen Springern punktgenau auf dem Nordpol – bei minus 60 Grad in der Luft! „Meine Frau war auch mit dabei“, berichtet Gantzer. „Wenn sie nicht springen würde, hätte ich sie auch nicht geheiratet.“